Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 81 (1987)
Heft: 11

Rubrik: Zeichen der Zeit : Trugbild der Stabilität

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Willy Spieler

Zeichen der Zeit
Trugbild der Stabilität

Die «Hoffnungswahl» hat nicht stattgefunden. Die Resultate des eidgenössischen Urnengangs vom 18. Oktober legen auf den ersten Blick viel eher den Schluss nahe, dass es eine Angstwahl gewesen ist, was sich da in vordergründiger Stabilität niederschlug. Im Bürgerblock wechselten drei der bisher 54 Mandate der Freisinnig-Demokratischen Partei zur Schweizerischen Volkspartei (2) und zur Liberalen Partei (1). Im links-grünen Spektrum musste die Sozialdemokratische Partei sechs ihrer vordem 47 Mandate an die Grüne Partei (5) und an die Poch/Grün-Alternativen (1) abgeben. Auf der extremen Rechten hat die Nationale Aktion zwei von fünf Mandaten an die «Autopartei» verloren.

Schon der Wahlkampf – wenn es denn einer war – gab zu keiner besonderen Hoffnung Anlass. Das Besitzbürgertum hat mobilisiert, was es hat: sein gutes Geld. Was es nicht hat und darum auch nicht zur Wahl stellen konnte, waren zukunftsträchtige Ideen. Und sie wurde auch gewählt, diese gähnende Leere an politischen Perspektiven, die sich als «Stabilität» ausgibt. Die Mehrheit der überhaupt noch Wählenden hat offenbar nichts lieber als das, was ist. Neue Perspektiven, gar Visionen müssten die Ruhe, die «bewährte», stören. Einige protestierten auch ganz offen gegen das Ansinnen einer «Hoffnungswahl», indem sie die «Autopartei» wählten. Die Mehrheit der Stimmberechtigten hielt es schon gar nicht mehr für nötig, an den Wahlen teilzunehmen. Mit 46,5 Prozent erreichte die Wahlbeteiligung ihren historischen Tiefpunkt.

Triumph bürgerlicher Sekundärtugenden

Wer die bürgerliche Wahlpropaganda etwas verfolgt hat, wurde Zeuge einer *Non*informationskampagne die auch als Motiv für den Wahlabsentismus in Betracht kommen dürfte. Da wurden Millionen verschwendet, um Kandidatinnen und Kandidaten anzupreisen, die so taten, als hätten sie nichts, aber auch gar nichts Politisches im Sinn. Oder andersherum formuliert: Je weniger einer sagen wollte oder zu sagen hatte, desto mehr Geld braucht er, um sich hinter inhaltsleeren Formeln zu verbergen. Wer hat sie nicht gesehen, in den Zeitungen und an den Plakatwänden, die Frauen und Männer mit dem «Format für Bern», diese «unabhängigen, offenen, aktiven, dynamischen, weitblickenden, initiativen, gradlinigen, fairen, verantwortungsbewussten, ehrlichen, standfesten, mutigen, vernünftigen, verlässlichen, volksnahen» Kandidatinnen und Kandidaten? Die Werbung mit solchen Sekundärtugenden hat natürlich System. Sie gleicht immer mehr dem Werbeschema für eine idiotensichere Kamera: «Sie drücken auf den Auslöser, wir besorgen den Rest.» Das Fatale daran ist, dass wir in der Politik diesen Rest, dieses «Restrisiko», nicht zum voraus kennen. Sekundärtugenden sind beliebig instrumentalisierbar, zum Guten wie zum Bösen, für Demokratie wie für Faschismus, für den Schutz der Natur oder auch für die «kompetente» Ausbeutung der Natur.

Der tiefere Grund für diese inhaltsleeren Selbstanpreisungen liegt wohl darin,

dass unsere Bourgeoisie glaubt, *ohne Sozialethik* auskommen zu können. Systemveränderung, und sei sie sozialethisch noch so geboten – zum Beispiel in Fragen der Mitbestimmung, des Bankgeheimnisses, des Saisonnierstatuts, des Asylrechts, der Geschäftsbeziehungen zu Südafrika usw. –, hat im bürgerlichen Verständnis von Ethik keinen Platz. Politische Moral reduziert sich auf die Summe der Sekundärtugenden, die der effizienten Verwaltung des Bestehenden dienlich sind.

Gewiss wollten sie alle sich «für die Zukunft» einsetzen. Aber für welche Zukunft? Warum haben die einen Angst vor der Zukunft der andern? Und warum haben die, die keine Angst haben, denen, die Angst haben, vorgeworfen, sie seien «falsche Propheten, grüne Extremisten oder grüne Hysteriker» (NZZ-Jargon)? Wer den politischen Gegner so etikettiert, ihn gar zum pathologischen Fall erklärt, zeigt, dass er sich mit ihm nicht auseinandersetzten will oder kann. Im Interesse der beschworenen Zukunft?

Sind Wahlen denn ohne geistige Auseinandersetzung zu gewinnen? Genügt ein Millionenbudget, um die nötigen Stimmen zu kaufen? Gibt es da nicht einen Zerfall an Gesprächskultur, an politischer Kultur, an Öffentlichkeit überhaupt? Dieser Zerfall wäre künftig vermehrt beim Namen zu nennen und als eine seiner Ursachen ein erhebliches Defizit an Sozialethik aufzuzeigen.

Die «Autopartei» – eine Option für Nekrophile

Gottfried Keller hat es im «Martin Salander» vorausgesehen: «Lass aber einmal Kerle mit vielen Millionen entstehen, die politische Herrschsucht besitzen, und du wirst sehen, was die für Unfug treiben.» Kein Zweifel, die Kerle sind jetzt da! Einen grösseren Unfug als eine «Autopartei» können die noch verbliebenen Demokraten sich ja wohl kaum vorstellen.

Auch diese Unpartei liegt jedoch in der Konsequenz einer Politik ohne Ethik. In einer pluralistischen Gesellschaft ist zwar nichts gegen die Organisation von mehr oder weniger legitimen Interessen einzuwenden. Nur standen dafür bislang Verbände und nicht Parteien zur Verfügung. Die politischen Parteien gaben wenigstens noch vor, nicht irgendwelchen Sonderinteressen zu dienen, sondern dem Gemeinwohl. Gewiss, diese Unterscheidung verkam in den letzten Jahren immer mehr zur blossen Augenwischerei. Dass nun aber ausgerechnet der *Kult des Autos zum Parteistandpunkt* erhoben wird, bedeutet eine neue Qualität im Niedergang der schweizerischen Demokratie.

Was würde wohl Leonhard Ragaz zu dieser «Autopartei» sagen? Er, der im Auto die «vollendete Rücksichtslosigkeit gegenüber dem Menschen» sah (NW 1925, S. 69) und es «bis auf bestimmte begrenzte Anwendungsformen» verbieten wollte, auch wenn «so ein Gedanke als Anwartschaft aufs Irrenhaus» gelten würde (NW 1932, S. 468)? «Maschinenwahn» und «technische Besessenheit», vor denen Ragaz prophetisch warnte, könnten heute nicht makabrer illustriert werden als durch die Gründung einer «Autopartei». Da ist «Nekrophilie» am Werk, und zwar in der präzisen Bedeutung, die Erich Fromm diesem Begriff gegeben hat: «Das ausschliessliche Interesse an allem, was rein mechanisch», also tot ist – hier am Auto –, verbindet sich mit der «Leidenschaft, das, was lebendig ist, in etwas Unlebendiges zu verwandeln» – hier mit einem Kult, der seinem Fetisch bedenkenlos, ja fanatisch die natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen opfert.

Hoffnung trotz allem

In dieser real existierenden Demokratie hat es die Linke nicht leicht, Wahlen zu gewinnen. Sie könnte versucht sein, sich auf das Goethewort zu berufen, das der grosse Pessimist Schopenhauer nach persönlichen Enttäuschungen zu zitieren pflegte:

«Du wirkest nicht, alles bleibt so stumpf.
Sei guter Dinge!
Der Stein im Sumpf
macht keine Ringe.»

Die *Sozialdemokratie* ist in ein *historisches Rekordtief* gefallen. Ihr Wähleranteil, der sich früher stets um die 25 Prozent bewegte, lag diesmal bei 18,4 Prozentpunkten. Auch die Parteien «links der SP» konnten diese Verluste nicht wettmachen. Ist die politische Linke also nur noch «Stein im Sumpf»? Das würde voraussetzen, dass sie immer schon eine klare Alternative zu diesem System gewesen wäre und dass vor allem die Sozialdemokratie es nicht allzu brav mitverwaltet hätte. Doch exakt in diesem Punkt ist die gegenwärtige Krise auch eine Chance.

Ich glaube, dem quantitativen Schein der Wahlresultate zum Trotz, dass Resignation fehl am Platz ist. Einerseits verlor die Sozialdemokratie ihre Sitze ja nicht an den Bürgerblock, sondern an die Grüne Partei. Und hier wurden sie wenigstens zum Teil von neuen Nationalrätinnen und Nationalräten «beerbt», die der Sache nach einen gewiss nicht weniger konsequenten Sozialismus vertreten als einige der weggewählten Sozialdemokraten. Vielleicht noch wichtiger aber sind anderseits die *alten und neuen Namen,* die auf den SP-Listen gewählt wurden. Wer diese Namen auch nur einigermassen kennt, vermag darin weit mehr Hoffnungspotential zu entdecken, als die Wahlresultate vermuten lassen. Alles kommt nun darauf an, dass die schweizerische Sozialdemokratie ihren Weg in Richtung Ökosozialismus mutig weitergeht, auf der Demokratisierung der Wirtschaft hartnäckig insistiert und sich auch wieder vermehrt auf ihr antimilitaristisches Erbe besinnt. Das dürfte kurzfristig zwar zu weiteren Niederlagen, wohl auch zum Ausscheiden aus dem Bundesrat führen. Doch was ethisch, was sozialistisch geboten ist, kann politisch nicht falsch sein. Umgekehrt gefragt, was nützen sozialdemokratische Bundesratssitze, was mächtige Fraktionen, was 25 und mehr Wählerprozente, was selbst absolute Mehrheiten, wenn sie nur einer saturierten Sozialdemokratie zukommen, die nichts anderes mehr im Sinne hat, als sich im bürgerlichen Staat behaglich einzurichten?

Auch das schlechte Abschneiden vieler *Gewerkschaftsvertreter* auf den SP-Listen ist nicht nur negativ zu werten. Die Gewerkschaften sollten sich jetzt überlegen, ob es überhaupt richtig und mit ihrer «politischen Unabhängigkeit» vereinbar ist, dass sie sich so sehr und ausschliesslich an eine einzige linke Partei binden. Laufen sie nicht ohnehin Gefahr, zuviel von Parlamentarismus und direkter Demokratie zu erwarten? Ihre eigene Stärke liegt oder läge doch in der unmittelbaren Auseinandersetzung mit den ökonomisch und real Herrschenden in diesem Land. Heute kämpfen die Gewerkschaften zum Beispiel mit den Mitteln der bürgerlichen Demokratie für die Herabsetzung der wöchentlichen Höchstarbeitszeit von 45 auf 40 Stunden. Der Misserfolg ist bei diesen Methoden erfahrungsgemäss vorprogrammiert. Nach dem Generalstreik von 1918 fiel die Höchstarbeitszeit in einem einzigen Jahr von 65 auf 48 Stunden. Mit Kampf- und Streikbereitschaft ist offensichtlich mehr zu erreichen als mit «sozialem Frieden» und Konkordanzdemokratie.

Auch darin liegt noch Hoffnungspotential: dass die wirklich entscheidenden Weichenstellungen in der Schweiz nie von parlamentarischen Mehrheiten, sondern immer vom Volk, oft sogar von einer aktiven Volksminderheit ausgehen. Das war nicht nur so beim Generalstreik, der sozialpolitisch weit mehr ausgelöst hat als die sozialdemokratische Integration in den bürgerlichen Staat; das liesse sich auch anhand staatspolitischer Durchbrüche von der Gründung des Bundesstaates bis zur Lösung der Jurafrage aufzeigen. «Kaiseraugst» dürfte als weiteres Beispiel in diese noch ungeschriebene Verfassungsgeschichte eingehen.